



# Bote vom Welzheimer Wald

**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamts-Bezirk Welzheim.**

Erscheint wöchentlich viermal: Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag. Vierteljährlicher Preis in Welzheim 1 M 5 S, im Oberamtsbezirk 1 M 25 S, auswärts 1 M 45 S. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile oder deren Raum 7 S, auswärts 10 S.

Nr. 95.

Welzheim, Samstag den 24. Juni 1893.

27. Jahrgang.

## Amtliche Bekanntmachungen.

### Reichstagswahl.

#### Bekanntmachung,

betreffend die Feststellung des Ergebnisses der engeren Wahl.

Die amtliche Feststellung des Ergebnisses der engeren Wahl durch das Kreiswahlkollegium wird am

**Mittwoch den 28. Juni d. J. von vormittags 10 Uhr an**

auf dem Rathause in Lorch stattfinden, was mit dem Anfügen bekannt gegeben wird, daß der Zutritt in das Versammlungslokal jedem Wähler frei steht.

Smünd, den 21. Juni 1893.

Der Wahlkommissär des 1. Wahlkreises:  
Regierungsrat P r e u.

# Trau, Schau, Wem.

Wir stehen vor der Stichwahl! Auf der einen Seite stehen die Deutschpartei, auf der andern die Demokraten in Gesellschaft der Juden und Sozialdemokraten. Wenn wir diese Mischung betrachten, so kann es keinem denkenden Bayern mehr schwierig sein zu entscheiden, auf welche Seite er sich stellen will. Um so weniger, als der seitherige Abgeordnete, Hr. Speiser, weder vor noch während der Dauer seines Mandats gezeigt hat, daß er für den Bauern und Kleinhandwerker ein warmes Herz hat. Als Beweis müssen wir nochmals sein Fernbleiben von der Abstimmung über das Wuchergesetz und seine intime Freundschaft mit den Juden, die wir durchaus nicht bekämpfen, sobald sie bescheidener und ehrlicher werden, anführen. Hr. Schmid hat sich den Bauern schon länger als trefflicher Berater und Vertrauensmann durch seine gediegenen Aufsätze und Belohnungen im landwirtschaftlichen Wochenblatt vorgestellt.

Es ist in aller Stille von demokratischer Seite aus verbreitet worden: Hr. Schmid wisse nur zu gut, wie es mit den Bauern stehe; deshalb wolle er in den Reichstag, um auf schlaue Weise von dem Christophshof wegzukommen. Dieser Schwindel! Was wollte Schmid werden? Er ist und bleibt ein Bauer. Diäten bekommt ja kein Reichstagsabgeordneter! Wovon sollte er und seine Familie leben? Wenn er einen andern Hof in Pacht wollte, so wäre ihm das schon lange geglückt, denn solch tüchtige Landwirte wie Schmid, sind nicht in jedem Orte zu finden.

Der Jude Gutmann sagte: „Weil Gutspächter Schmid zu den Unbemitteltesten gehört, so thun wir

ihm den größten Gefallen, wenn wir ihn nicht wählen.“ Aber Hr. Gutmann! Wählen wir denn, um dem Kandidaten zu Gefallen zu leben, oder wählen wir, um eine Person zu haben, die unsere Interessen vertritt? Wir thun uns einen Gefallen, wenn wir Schmid wählen.

Aus dem Bauernstand hat man schon hie und da die Worte vernommen: „Hr. Schmid wäre mir schon recht, wenn er nur nicht für die Militärvorlage wäre.“ Diesen Stimmen können wir nur raten: Lebet doch sein Programm durch! Er will ja eine Vermehrung des Militärs nur unter den Umständen, wenn die Kosten von den Bemittelten des Volks getragen werden. — Hr. Speiser sagte selbst im Burgkeller: Der Antrag des Führers der Liberalen und der der Demokraten und Freisinnigen ging nur in 6000 Mann auseinander. Ist es aber nicht unverantwortlich von Seiten der Demokraten und Genossen, daß sie durch ihr Verhalten dazu beitrugen, daß der Reichstag aufgelöst wurde in einer Zeit der Not! Mit dem Geld, was diese Wahl wieder kostet, hätte die Militärvorlage, jedenfalls der Antrag Bennigsens beinahe bestritten werden können. — Daß jeder Wähler darauf bedacht sein sollte, die zweijährige Präsenz zu bekommen, ist schon aus dem Grunde geboten, weil unsere Leute nicht mehr so oft zurückgestellt werden. Höchstens noch 1 mal, nicht mehr 2 mal wie seither. Dieser Vortheil schon sollte einleuchten, daß wir denjenigen Mann wählen, der uns mehr Sicherheit dafür bietet, daß die 2jährige Präsenzzeit eingeführt wird, und der ist **Gutspächter Schmid.**

Wenn die Militärvorlage von künftigen Reichstagen



wieder abgelehnt wird, so wird und kann niemand den Bundesrat, der einstimmig für die Vorlage eintrat, zwingen von der 3jährigen Präsenzzeit abzugehen.

Über ihr Wähler! und namentlich ihr Bauern und Kleinhandwerker! Wir wählen doch nicht allein wegen der Militärvorlage! Diese beschäftigt die Abgeordneten nur 2—3 Wochen. Wir wählen auf 5 Jahre. In dieser Zeit werden manche Fragen noch kommen, die den Landmann betreffen, und zur Beratung dieser Gegenstände muß uns Schmid lieber und geeigneter erscheinen als Speiser.

Wähler! Kannst du mit den Demokraten gehen die, gelinde ausgedrückt! unserer Kirche gleichgültig gegenüberstehen, und auch, trotz des Eides, den ein jeder bei der Huldigung abzulegen hatte, sich frei machen wollen vom Fürsten!

Kannst du mit den Demokraten gehen, die in ihrem Gefolge die Feinde unserer Kirche die Sozialdemokraten haben!

Kannst du dich von einem Manne wie der Jude Gutmann, der sich in Göppingen als religionslos eingeschrieben hat — belehren lassen! **Nein!!!**

Wenn von gegnerischer Seite gerufen wird: Wir gehen nicht mit den Herren! so möchten wir fragen: Was ist denn der Millionär, Fabrikant Speiser?

Und was wird erst der Jude Gutmann sein? Wenn ihr nicht mit den Herren gehen wollt, so dürft ihr nicht einmal mit Agster gehen.

Der Bauer muß durch seine Produkte den anderen Ständen ihren Lebensunterhalt bieten, darum wollen wir auch einen Bauern als Vertreter eines ländlichen Bezirks und empfehlen nochmals

## Gutspächter Schmid vom Christophshof.

### Ein

### „patriotischer deutscher Israelit,“

der auch seinen Namen nennt, schreibt den „Dresdn. R.“ aus Chemnitz: „Als Freund der Militärvorlage geht mein Vorschlag dahin, zur Deckung dieser eine Judensteuer einzuführen, die dem Deutschen Reiche die gewünschten 70 Millionen bringen würde. Das deutsche Judentum hat seit den letzten 30 Jahren soviel irdische Güter erworben wie in keinem anderen Lande der Erde. Deutschland zählt allein über 500 jüdische Millionäre. Jeder von diesen könnte eine Judensteuer von 5000 M. tragen. Den niedrigsten Satz denke ich mir auf 100 M., wer ein größeres Einkommen hat, möge mehr bis eben 5000 M. zahlen. Berlin mit seinen 15 000 jüdischen Geschäften und Unternehmungen würde vielleicht nach meiner Berechnung allein 25 Millionen aufbringen, zc. Meine jüdischen Mitbürger können nur durch eine derartige radikale Maßregel vor vielleicht noch größerem Unheil bewahrt bleiben.“ — Es giebt also auch Juden, die in dem Antisemitismus mehr als einen Scherz oder eine Spielerei sehen.

### Aus dem Bezirk und Umgebung.

\* \* Die von dem Herrn Fürsten von Hohenlohe-Langenburg dem Schullehrer Böffler in Althütte, Bezirks Badnang, erteilte patronatische Nomination auf die erste Schulstelle zu Weikersheim ist von der evangelischen Oberschulbehörde unter dem 17. Juni bestätigt worden.

— In Badnang findet am nächsten Sonntag das 12. Gaufräuleinfest des Murrthalgaues statt, zur Feststätte ist der Turnplatz mit seiner schattigen Umgebung ausersehen.

— Die Gemeinde Fichtenberg sorgt für ihre Viehbesitzer dadurch, daß sie in Ungarn 10,000 Zentner Heu à 4,50 M. franko und 400 Ztr. Welschkorn aufgekauft hat und solches mit längerer Vorfrist an dieselben abgiebt.

(X. W. Kr.) Gmünd, 19. Juni. Ueber das Ergebnis der Reichstagswahl im D. N. Bez. Gmünd sind die Anhänger der Sozialdemokratie etwas verstimmt, eine Einbuße von 300 Stimmen, wovon 30 auf Gmünd entfallen, haben dieselben nicht erwartet, mit einer gewissen Sicherheit ist von dieser Seite auf 1200 Stimmen in hiesiger Stadt gerechnet worden. Welcher Partei die Stimmen der Sozialdemokraten zufallen werden, ist bis jetzt unentschieden; daß Speiser eine Anzahl Stimmen erhalten wird, steht außer Zweifel, aber auch der Kandidat Schmid vom Christophshof, der bekanntlich im Reichstag keiner Partei angehört wird, dürfte voraussichtlich von den

gegnerischen Parteien viele Stimmen auf sich vereinigen.

### Württemberg.

Stuttgart, 22. Juni. Die Futternot in Württemberg hat bekanntlich die Staatsminister des Innern veranlaßt, eine Versammlung nach Stuttgart einzuberufen. Diese, bestehend aus den Vorständen der landwirtschaftlichen Bezirksvereine des Landes, zahlreichen Landwirtschaft treibenden Landtagsabgeordneten und andern hervorragenden Landwirten, den Vertretern der kgl. Zentralkasse für Landwirtschaft trat gestern Vormittag im Ständehaus zusammen und stellte zunächst in Anwesenheit des Staatsministers des Innern, den Anfang der in allen Landesteilen herrschenden Futternot fest, ebenso die Notwendigkeit eines energischen und planmäßigen Vorgehens zum Zweck der Abhilfe. Die Versammlung erachtete die Einberufung des Landtags zu einer außerordentlichen Tagung nicht für notwendig, da die Genehmigung der Ausgabe von Staatsgeldern für diesen Zweck durch die Ständekammern ganz zweifellos sei. Beschlossen wurde, eine besondere Subkommission einzusetzen, welche Futtermittel aller Art im Auslande einkaufen soll. Die nötigen Gelder sollen von den Gemeindefassen, Oberamtsparfassen, sowie von der Staatskasse vorgelegt werden. — Nachmittags trat sofort die erwähnte Subkommission in der Zentralkasse für die Landwirtschaft zusammen und kaufte telegrafisch zunächst 150 Waggons und 200 Ztr. Mais, welche schon in wenigen Tagen im Lande sein werden. Weitere große Ankäufe in Mais, Delfuchen, Heu u. s. w. sollen alsbald vorgenommen werden.

Stuttgart, 20. Juni. Heute Nachm. sind eine Reihe Landtagsabgeordneter mit erfahrenen Landwirten im Hotel Dierlamm zusammengetreten, um wegen des Notstands der Landwirtschaft zu beraten. Die Versammlung hat die Maßregeln beraten, die in der morgen im Ständehaus zusammentretenden Sitzung ins Nähere erörtert werden sollen.

Stuttgart, 20. Juni. Eine Abordnung, bestehend aus dem Kammerpräsidenten v. Hohl, Vizepräsident Dr. Götz, Landtags-Abgeordneter Stockmayer, begaben sich dem Vernehmen nach heute Nachm. zu dem Minister des Innern, um Maßregeln in Anregung zu bringen, welche geeignet sind, der Notlage der Landwirtschaft, hervorgerufen durch Futtermangel, abzuwehren.

Stuttgart, 21. Juni. Zur Abhilfe der im Lande herrschenden Futternot und ihrer schweren Folgen ist die R. Regierung mit Einleitung weiterer durchgreifender Maßnahmen beschäftigt. Eine vom Staatsminister des Innern berufene Versammlung von Sachverständigen

aus allen Kreisen ist zur Beratung geeigneter Vorschläge heute hier zusammengetreten.

Fellbach, 17. Juni. Die Heuernte hat nun allgemein begonnen; dieselbe fällt je nach Lage der Wiesen mittelmäßig bis ziemlich gut aus; das noch vorhandene alte Heu wurde vollends aufgekauft zu 8—9 M. per Zentner. Unsere Trauben, die einen halben bis dreiviertels Herbst versprechen, blühen jetzt in allen Lagen.

Wörth b. Ellwangen, 16. Juni. Ein seltenes Jagdglück hat der J.-Z. zufolge der neu angestellte Forstwächter Nieger von Unterdeuffstetten, indem er seit 5. Juni nicht nur 4 Rehböcke sondern gestern auf 2 Schüsse 4 Warden geschossen hat, gewiß eine Seltenheit.

### Deutschland.

Berlin, 17. Juni. Reichskanzler Graf Caprivi hielt heute vormittag dem Kaiser Vortrag über den Wahlausfall. Heute nachmittag fand sodann eine Sitzung des Staatsministeriums statt. — Der deutsche Bauernbund nahm endgültig den Antrag, sich aufzulösen und das Vermögen an den Bund der Landwirte abzuführen, an.

Berlin, 19. Juni. In Prag fand zwischen Sozialisten und der Polizei ein blutiger Zusammenstoß statt, weil den ersteren eine projektierte Versammlung nicht gestattet wurde. 20 Sozialisten wurden durch Säbelhiebe, 18 Polizisten durch Steinwürfe schwer verwundet. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

— Die „Conf. Corr.“ sieht in der Niederlage des Freisinn ein Volksgericht über das Manchesterium. Wohl sei in erster Linie bei dem Wahlkampf das Eintreten für und wider die Heeresvorlage gestanden. Allein das Wahlergebnis sei in der Hauptsache von dem wirtschaftlichen Standpunkt der Kandidaten beeinflusst worden. Insbesondere verdanke die nationalliberale Partei den größten Teil der ihr zugefallenen oder in Aussicht stehenden Mandate ihrem Eintreten für den Schutz des Mittelstandes und der Landwirtschaft.

— Virchow hat kürzlich in einer Versammlung der freisinnigen Partei Berlins geäußert: „Wir sind geschlagen. Wir werden künftig den Kampf weniger mit dem Militärstaat als mit dem Zukunftsstaat zu führen haben, und diesen auf anderer Basis wie bisher, denn es handelt sich um die Grundlagen der gesellschaftlichen Ordnung.“

Berlin, 19. Juni. Der Tag der Reichstags-Eröffnung ist immer noch nicht festgestellt, doch bleibt es höchst wahrscheinlich bei dem 4. Juli.

Berlin, 19. Juni. 396 Wahlergebnisse sind nun bekannt. 213 Abgeordnete sind gewählt; 183 Stichwahlen werden erforderlich. Den einzigen noch ausstehenden Wahlkreis vertrat



bisher ein Welfe. Gewählt sind 50 Konservative, 1 Bund der Landwirte, 9 Reichspartei, 18 Nationalliberale, 91 Zentrum, 24 Sozialdemokraten, 3 freif. Vereinigung, keiner der freif. Volkspartei, 13 Polen, 2 Antisemiten, kein Welfe, 6 Elsäßer, 4 Süddeutsche Volkspartei 1 Wilder. An Stichwahlen sind beteiligt: 59 Konservative, 9 Bund der Landwirte, 10 Reichspartei, 73 Nationalliberale, 32 Zentrum, 84 Sozialdemokraten, 14 freif. Vereinigung, 37 freif. Volkspartei, 11 Polen, 16 Antisemiten, 9 Welfen, kein Däne, 1 Elsäßer, 10 Süddeutsche Volkspartei, 1 Wilder.

Berlin, 20. Juni. Bekannt sind definitiv 393 Wahlergebnisse. Gewählt sind: 49 Konservative, 12 Reichspartei, 16 Nationalliberale, 3 von der freifinnigen Vereinigung, 80 vom Zentrum, 12 Polen, 3 Antisemiten, 24 Sozialdemokraten, kein Welfe, keiner von der freifinnigen Volkspartei, 1 Liberaler, 1 Däne, 2 vom bayerischen Bauernbund, 7 klerikale Elsäßer, 4 von der süddeutschen Volkspartei. Außerdem haben 179 Stichwahlen stattgefunden. Hieran sind beteiligt; 80 Sozialisten, 73 Nationalliberale, 52 Konservative, 35 freifinnige Volkspartei, 21 Zentrum, 21 Reichspartei, 16 Antisemiten, 16 freifinnige Vereinigung, 11 Polen, 10 Welfen, 10 süddeutsche Volkspartei 4 niederbayerischer Bauernbund, 2 Bund Landwirte, 1 elsässischer Protestler, 1 klerikaler Elsäßer. — Dem Berl. Tagebl. zufolge lehnte Ahlwardt in Arnswalde das Mandat ab, da er auf den Sieg in der Stichwahl im Wahlkreis Neustettin rechnet.

Niel, 19. Juni. Der Kaiser traf heute um 7 $\frac{1}{2}$  Uhr hier ein; er wurde von Prinz Heinrich empfangen, begrüßte im Schloß die Prinzessin Heinrich und begab sich unter Salutschüssen der Flotte am Bord der Hohenzollern.

Niel, 19. Juni. Der Kaiser ist heute Vormittag 10 Uhr an Bord der Rennyacht Meteor in See gegangen.

Frankfurt a. M., 17. Juni. (Privattelegr. des Neuen Tagblatts.) Bisher sind bekannt 312 Wahlergebnisse. Gewählt sind vom Zentrum einschließlich der Elsäßer Klerikalen 67, Sozialdemokraten 23, Freifinnige 4, Konservative 33, Nationalliberale 15, Polen 14. Die Sozialdemokraten sind bei 70 Stichwahlen beteiligt, die Freifinnigen bei 14, die Antisemiten bei 15. Böckel ist nicht gewählt, steht aber in Stichwahl; dagegen sind gewählt Ahlwardt und Liebermann. Frhr. v. Kardorff steht in Stichwahl.

— Ueber den Wahlausfall in Bayern berichten die N. N.: Das Zentrum hielt Oberbayern, Schwaben und die Oberpfalz, teilweise gegen starke Minderheiten; es erlitt in Niederbayern und Franken erhebliche Einbußen. behauptete in Niederbayern in der ersten Wahl nur Landsknecht, verlor in Unterfranken stark an die Demokraten. Auch in Fehrn v. Frankens teins ehemaligem Wahlkreis kommt er in die Stichwahl mit den Demokraten. Die fränkischen Zentrumsiege zeigen nur noch eine knappe Mehrheit. Die Nationalliberalen hielten nur drei Wahlkreise sofort; sie verloren einen und sind in zwei Stichwahlen gefährdet. Die Freifinnigen verloren einen und gewinnen einen Sitz. Die Sozialdemokraten haben Stichwahlausicht in einem oder zwei Wahlkreisen. — Im Wahlkreis Kelheim ist Dr. Sigl mit 1000 Stimmen Majorität gewählt.

Breslau, 19. Juni. Die Polizei wollte gestern Abend die Polizei aus geringfügigem Anlaß einen Ruhestörer verhaften. Ein Fleischermeister leistete der Polizei hierbei Hilfe. Eine Anzahl Burschen stürmten aus diesem Grund den Fleischerladen, warfen Steine und schossen auf die Polizei. Letztere ging mit blanker Waffe vor, und verhaftete 23 Personen aus dem auf 1000 angewachsenen Haufen. Das Militär sprengte den Haufen.

Amanntweiler, 17. Juni. Heute früh

wurden die Ueberreste der am 18. August 1870 gefallenen Angehörigen des ersten Garderegiments z. F. auf deutschen Boden übergeführt. Ein katholischer und ein evangelischer Militärgeistlicher sprachen bei der Uebernahme und der Einsenkung der Ueberreste. Zur Uebernahme waren sechs Offiziere des Regiments erschienen; sie wurden vom Kommandeur des französischen VI. Korps begrüßt. Derselbe geleitete auch die Ueberreste, schritt die Front der deutschen Ehrenkompagnie ab und wurde dann vom General Grafen Häfeler, dem Befehlshaber des deutschen XVI. Korps, bis zur Grenze zurückbegleitet.

Straßburg, 19. Juni. Wegen der herrschenden Futternot hat das Ministerium der Staatsdepositenverwaltung angewiesen, den öffentlichen Vorschusskassen Betriebsmittel gegen 2% zur Verfügung zu stellen.

### Ausland.

Paris, 19. Juni. Nach dem Vormittags-Bulletin hat sich das Befinden Carnots merklich gebessert. Carnot wird heute das Zimmer verlassen.

Yon, 21. Juni. Ein aus dem Süden zugereister Mann starb heute unter Choleraerscheinungen.

Cette, 21. Juni. Heute vier Choleratote.

Brünn, 17. Juni. Auch hier fand ein ernster Kampf zwischen Sozialisten und der Polizei statt. Das Militär wurde requiriert und griff mit blanker Waffe an.

Alexandria, 19. Juni. Nach einer Bureaumeldung kamen in Mekka vom 13.—16. Juni 317 Todesfälle an Cholera vor.

Madrid, 21. Juni. Eine vor dem Hause von Canovas del Castillo gelegte Bombe explodierte, tötete den Attentäter und verwundete dessen Complicen, welcher verhaftet wurde. Im Hause wurde kein Schaden angerichtet.

## Bekanntmachungen.

Revier Lorch.

### Stamm- und Brennholz-Verkauf.

Am Montag den 3. Juli in der Harmonie in Lorch aus den Staatswaldungen Staffeldgehren 5, 10, 11, 12, und Pfahlbrunnerwald 3.

264 Stk. Langholz normal, Fm.: 132 1., 74 2., 47 3. }  
 36 4., 1 5. Cl., }  
 „ Ausschuß Fm.: 15 1., 7 2., 5 3., } (geschält.)  
 2 4. Cl., }

38 Stk. Sägholz mit Fm.: 15. 1., 12 2., 1 3. Cl., }  
 1 Erle mit 0,4 Fm.; ferner Brennholz aus Staffeldgehren 5, 10, 11, 12, und Hefenwald 2. Am.: 91 Nadelholzscheiter, 11 dto. Prügel, 2 eichen-, 101 Nadelholz-Anbruch.

Das Stammholz kommt von Nachmittags 1 Uhr an, das Brennholz von 3 Uhr an zum Verkauf.

Gaildorf.

### Wiesen-Verpachtung.

Der diesjährige Ertrag der herrschaftlichen Wiesen in der Eschenau — Zimmersee — Zimmerfeld — Kirchberg — Kirfel und auf den Markungen Gaildorf, Unterroth und Mittelroth wird

Montag, den 26. ds. Mts.,

nachmittags 4 Uhr,

in der Armbruster'schen Brauerei d a h i e r öffentlich versteigert.

Zahlungsfähige Pachtlustige werden hiezu eingeladen.

Den 21. Juni 1893.

Gräfl. Bentinck-Waldeck'sches  
Oberrentamt.

W e l z h e i m.

Große Auswahl in  
Regenschirmen, Spazierstöcken  
Albert Zweigle.

bei

W e l z h e i m.  
Ueber den Jahrmarkt, den 24. Juni  
auf dem Jahrmarkt in Welzheim

Großer reeller  
**Ausverkauf**

fertiger  
Herren- und Knaben-Kleider

zu sehr billigen Preisen.

PREIS-COURANT:

Ganze Anzüge für Männer von M 18 an,  
 Jünglings-Anzüge von M 12 an,  
 Burschen-Anzüge von M 9 an,  
 Knaben-Anzüge von M 2 $\frac{1}{2}$  an,  
 Jäger-Joppen von M 7 an,  
 Burkin-Joppen von M 8 an,  
 Turntuch und Lüsterjoppen von M 2 an,  
 Arbeiter-Joppen und -Hosen von M 2 $\frac{1}{2}$  an,  
 Knaben-Joppen und -Hosen von M 1 $\frac{1}{2}$  an,  
 Eine Partie Burkin-Hosen von M 5 an.  
 Um geneigten Zuspruch bittet

**A. Levison,**

Herren- und Knabenkleiderfabrik.

Ueber den Jahrmarkt, den 24. Juni  
in W e l z h e i m.



# Entgegnung.

Im Montag-Wochenblatt veröffentlicht der Ausschuß der „Deutschen Partei“ unter der Ueberschrift: „**Freche Wahllügen**“ folgende die Volkspartei anschuldigende Behauptungen:

1. Herr Gutspächter Schmid sei ein **Antisemit**;
2. in evangelischen Ortschaften werde Herr Schmid als Katholik hingestellt und
3. in katholischen Ortschaften als ein Feind der Katholiken verdächtigt.

Der Unterzeichnete Ausschuß erklärt hiegegen:

Zu 1. Die „Ulmer Schnellpost“, ein durchaus antisemitisches Blatt, hat Herrn Schmid als den voll und ganz auf ihrem Standpunkt stehenden Kandidaten für den X. Wahlkreis mit Freuden begrüßt. — Herr Schmid hat sich dagegen nirgends und niemals verwahrt;

Zu 2 und 3. Weder unser Kandidat, Herr Speiser, noch irgend einer der seine Kandidatur unterstützenden Freunde und Parteimitglieder haben in irgend einer Versammlung vom religiösen Standpunkt des Herrn Schmid ein Wort gesprochen.

Der unterzeichnete Ausschuß kann dies um so mehr bestätigen, als in allen Wahlversammlungen immer mindestens ein Ausschußmitglied unserer Partei anwesend gewesen ist. Somit fallen die Anschuldigungen „frecher und erbärmlicher Wahllügen“ auf den Urheber zurück.

Der Ausschuß der Volkspartei.

## An die sozialdemokratischen Wähler des X. Wahlkreises.

Nachdem der Kandidat der Volkspartei, Herr **Wilhelm Speiser** in Göppingen, auf spezielle Anfrage hin sich verpflichtet hat, falls er gewählt würde, im Reichstag rückhaltlos entgegenzutreten:

- 1) Jeder Vermehrung des stehenden Heeres über den gegenwärtigen Präsenzstand hinaus;
- 2) Jeder Vermehrung der Steuerlast und
- 3) Jeder Beschränkung der Volksrechte, namentlich jedem Angriff auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht,

so ersuchen wir alle Wähler, die bei der ersten Wahl für Herrn Agster gestimmt haben, ihre Stimmen am Samstag den 24. Juni abzugeben für

**Herrn Wilhelm Speiser in Göppingen.**

Das sozialdemokratische Zentralwahlkomitee.

## „Nach dem ersten Wahlkampf“

betitelt sich ein „Eingesandt“ im Wochenblatt vom 17. ds. Mts., das offenbar in der Absicht geschrieben ist, die Mitglieder der hiesigen Volkspartei in einen Gegensatz zu ihrem Ausschuß und Vorstand zu bringen; dies ist vergebliche „Liebesmüh“ und wird dem Artikelschreiber und seinen Hintermännern wohl nie gelingen.

Die Mitglieder der Volkspartei erwarten von dem Artikelschreiber des Wochenblatts weder Ratschläge für ihre innere Parteiorganisation noch für die Führung des Wahlkampfes und sind — wie wir uns am Abend des 15. Juni im 3Königsaal überzeugen konnten — ihrem Vorstand und ihren Führern dankbar für die Aufopferung und Selbstlosigkeit, mit der sich dieselben in den Dienst der Sache des Volkes stellen.

Der Ausschuß der Volkspartei.

An die sozialdemokratischen Wähler im X. Wahlkreis.

# Arbeiter, Parteigenossen.

Die sozialdemokratische Partei ist sich gewiß, daß sie von keiner bürgerlichen Partei in ihren wirtschaftlichen und sozialen Forderungen die nötige Unterstützung findet! Da aber bei der diesmaligen Stichwahl hochwichtige politische Rechte der mittleren Volksklassen und des Arbeiterstandes in Frage kommen, so hat sich das unterzeichnete Komitee entschlossen, die sozialdemokratischen Wähler aufzufordern:

Für den Kandidaten der Volkspartei  
**Herrn Speiser einzutreten.**

Das sozialdemokratische Wahlkomitee Göppingen.



# An die Wähler des zehnten Wahlkreises. Auf zur Stichwahl.

Am 15. Juni hat das württembergische Volk sein Urteil über die Militärvorlage abgegeben.  
105 231 Stimmen sind auf die Kandidaten der Volkspartei gefallen und nur 64 969 Stimmen auf die der deutschen Partei.

In unserem 10. Wahlkreise hat es die deutsche Partei nur auf 7229 Stimmen gebracht,  
die Gegner der Militärvorlage auf 12 386.

## Am Tage der Stichwahl, Samstag den 24. Juni,

soll dieses Urteil endgültig bestätigt werden und wenn alle Gegner der Militärvorlage ihre Schuldigkeit thun, so kann das Resultat nicht zweifelhaft sein und die deutsche Partei wird die verdiente Niederlage erleiden.

Wähler! Es handelt sich in dem künftigen Reichstage nicht nur um Militärfragen, sondern auch um andere, die für das Wohl und Wehe Deutschlands viel wichtiger sind.

Wir müssen einstehen für die Erhaltung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts, wir müssen Front machen gegen die fortwährende Vermehrung der indirekten Steuern und wir müssen einmütig fordern, daß dem nimmerfatten Militarismus Halt geboten und endlich daran gedacht wird, den wirtschaftlichen und den geistigen Fortschritt der Nation zu fördern.

Wähler! Wenn Ihr wollt, daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich so durchgeführt wird, daß sie nicht mehr abgeschafft werden kann, daß die Heeresstärke um keinen Mann geschwächt werde, die Kosten aber da geholt werden, wo man sich seither auf Kosten der Steuerzahler bereicherte, bei den großen Schnapsbrennern mit ihrer Liebesgabe. —

Wenn Ihr wollt, daß die Regierung zuerst dem deutschen Volke verspreche: Ersparnisse an den Lzugsausgaben beim Militär — wie Uniformen, Burschenwesen, Paraden u. s. w. — Aenderungen an dem Offizierspensionswesen, Aenderung des Militärstrafverfahrens zuerst vorzunehmen, ehe weitere Opfer verlangt werden.

Wenn Ihr wollt, daß diese Forderungen erfüllt werden,  
so wählet

## Herrn Wilhelm Speiser.

# Zur Stichwahl!

Die deutsche Partei kämpft nur noch für die Ehre, sie weiß recht gut, daß sie mit Glanz unterliegen wird, nachdem das Centrum und die Sozialdemokraten beschlossen haben, für Herrn Speiser zu stimmen.

Herr Schmid erhielt am 15. Juni 7229 Stimmen, dem stehen gegenüber

Speiser 6147 Stimmen.

Agster 3627 "

v. Schab 2612 "

12386 "

also über 5000 Stimmen mehr.

Die deutsche Partei weiß recht gut, daß sie diese Stimmenzahl nicht mehr einholen kann und Herr Speiser wird am 24. Juni mit großer Mehrheit gewählt werden.

Aber trotzdem muß Jedermann seine Schuldigkeit thun und nicht nur abstimmen, sondern auch dafür wirken, daß Niemand von der Wahlurne wegbleibt.

Die Parole muß sein:

## Auf für Wilhelm Speiser.



# Riesige Blamage der Deutschen Partei

oder

## Was Dummheit und Geschäftigkeit vermag.

Die deutsche Partei hat in diesem Wahlkampf einen solchen Lärm über das Wuchergesetz gemacht, daß man glauben konnte, es gebe gar keine richtigere Frage, als die Wucherfrage. Wir haben uns damit nicht eingehender beschäftigt, weil die Absicht unserer „Teutschen“ zu durchsichtig war und Herr Speiser viel zu hoch über solchen Angriffen steht und verlangt hat, dieselben zu ignorieren.

Nachdem aber das Wochenblatt am Montag wieder einen Wucher-Artikel in Verbindung mit dem berühmten Wöhrle bringt, der alles bisher dagewesene an Gemeinheit übertrifft, so sehen wir uns doch veranlaßt, der Sache etwas näher zu treten.

Unsere „Teutschen“ schreiben im Wochenblatt:

Der Reichstag hat vom 18—20 April d. J. über Verschärfungen des Wuchergesetzes beraten und was kam dabei heraus? Bei der Abstimmung fehlten so viele Abgeordneten, daß der Reichstag unfähig war, einen Beschluß zu fassen. . . . .

Nebenbei gesagt, fehlten von der nat.-lib. deutschen Partei die Führer: Die Herren von Bennigsen, Dr. Castemann, Deltshäuser, Dr. Stamm, Weiß, Siegle, die andern zahlreichen „kleinen“ Größen wollen wir gar nicht nennen und unsere „Teutschen“ erflehen sich, anderen vorzumerken, daß sie nicht im Reichstag waren.

Aber das Schönste kommt noch.

Die Artikelschreiber des Wochenblattes und ähnlicher Blätter sind zu „faul“ oder zu „dumm“ sich über eine Frage genau zu orientieren, sie behaupten — à la Professor Hieber die unsinnigsten Dinge in den Tag hinein.

Das Wuchergesetz wurde nämlich in der Sitzung vom 2. Mai d. J. angenommen.

Unsere Teutschen verlangen eine Verstärkung des Wuchergesetzes mit blinder Wut, in dem „einfältigen“ Glauben, damit Stimmenfangen zu können. Wir sind menschenfreundlicher wie Herr Leimfelder Fezer und sprechen der „teutschen“ Partei unser aufrichtiges Beileid über diesen Reinsfall aus.

Das Wucher-Gesetz wurde also am 2. Mai dieses Jahres laut stenographischen Bericht mit folgenden Worten des Präsidenten angenommen:

„Nunmehr haben wir der GesamtAbstimmung über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher, nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Lesung, die Sie auch in Nr. 212 der Druckfachen abgedruckt finden, vorzunehmen, und zwar mit den Korrekturen, die ich eben erwähnt habe.

Ich bitte, daß die Herren, welche diesem Gesetzentwurf sonach in der GesamtAbstimmung beitreten wollen, aufstehen wollen.

Geschieht.

Das ist die Mehrheit.

Herr Speiser war in dieser Sitzung anwesend.

Das Gesetz wollen wir zu Ruh und Frommen aller Leser, insbesondere den Parteifreunden des „Herrn“ Wöhrle bringen, daselbe lautet:

### Entwurf eines Gesetzes,

betreffend

#### Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher.

(Nach den Beschlüssen des Reichstags in dritter Beratung.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen etc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt:

Artikel I.

In dem Strafgesetzbuch werden die §§ 302 a und 302 d folgendermaßen abgeändert, und werden hinter dem § 302 d folgender § 302 e und in dem § 367 hinter Nr. 15 folgende Nr. 16 eingestellt:

§ 302 a.

Wer unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen mit Bezug auf ein Darlehen oder auf die Stundung einer Geldforderung oder auf ein anderes zweiseitiges Rechtsgeschäft, welches denselben wirtschaftlichen Zwecken dienen soll, sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den üblichen Zinsfuß dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen, wird wegen Wuchers mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und zugleich mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§ 302 d.

Wer den Wucher (§§ 302 a bis 302 c) gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betreibt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten und zugleich mit Geldstrafe von einhundertfünfzig bis zu fünfzehntausend Mark bestraft. Auch ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen.

§ 302 e.

Dieselbe Strafe (§ 302 d) trifft denjenigen, welcher mit Bezug auf ein Rechtsgeschäft anderer als der im § 302 a bezeichneten Art gewerbs- oder gewohnheitsmäßig unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Anderen sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, welche den Wert der Leistung dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.

§ 367.

16. Wer den über das Abhalten von öffentlichen Versteigerungen und über das Verabsolgen geistiger Getränke vor und bei öffentlichen Versteigerungen erlassenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt.

Artikel II.

In dem Gesetz, betreffend den Wucher, vom 24. Mai 1880 (Reichs-Gesetzbl. S. 109) wird der Artikel 3 im ersten Absatz und im ersten Satz des zweiten Absatzes folgendermaßen abgeändert und wird folgender Artikel 4 eingestellt:

Artikel 3.

Verträge, welche gegen die Vorschriften der §§ 302 a, 302 b, 302 e des Strafgesetzbuchs verstoßen, sind ungültig.

Sämtliche von dem Schuldner oder für ihn geleisteten Vermögensvorteile (§§ 302 a, 302 e) müssen zurückgewährt und vom Tage des Empfanges an verzinst werden. . . . .

Artikel 4.

Wer aus dem Betriebe von Geld- oder Kreditgeschäften ein Gewerbe macht, hat die Rechnung des Geschäftsjahres für jeden, welcher ein Geschäft der bezeichneten Art mit ihm abgeschlossen hat und daraus sein Schuldner geworden ist, abzuschließen und dem Schuldner binnen drei Monaten nach Schluß des Jahres einen schriftlichen Auszug dieser Rechnung mitzuteilen, der außer dem Ergebnis derselben auch erkennen läßt, wie solches erwachsen ist.

Wer sich dieser Verpflichtung vorsätzlich entzieht, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark oder mit Haft bestraft und verliert den Anspruch auf die Zinsen für das verfloßene Jahr hinsichtlich der Geschäfte, welche in dem Rechnungsauszug aufzunehmen waren.

Die vorstehenden Bestimmungen finden keine Anwendung:

1. wenn das Schuldverhältnis auf nur Einem während des abgelaufenen Geschäftsjahres abgeschlossenen Rechtsgeschäfte beruht, über dessen Entstehung und Ergebnis dem Schuldner eine schriftliche Mitteilung behändigt ist;
2. auf öffentliche Banken, Notenbanken, Bodenkreditinstitute und Hypothekenbanken auf Aktien, auf öffentliche Leihanstalten, auf Spar- und Darlehnsinstitute öffentlicher Korporationen und auf eingetragene Genossenschaften, soweit es sich bei den eingetragenen Genossenschaften um den Geschäftsverkehr mit den Mitgliedern handelt;
- 3) auf den Geschäftsverkehr zwischen Kaufleuten, deren Firma in das Handelsregister eingetragen ist.

Artikel 5.

Der Absatz 3 Satz 1 des § 35 der Gewerbeordnung erhält folgende veränderte Fassung:

Dasselbe gilt von der gewerbmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmender Geschäfte, insbesondere der Abfassung der darauf bezüglichen schriftlichen Aufträge, von dem gewerbmäßigen Betriebe der Viehverstellung (Viehpacht), des Viehhandels und des Handels mit ländlichen Grundstücken, von dem Geschäfte der gewerbmäßigen Vermittlungsagenten, für Immobilienverträge, Darlehen und Heiraten, von dem Geschäfte eines Gefindevermieters und eines Stellenvermittlers, sowie vom Geschäfte eines Auktionators.

Urkundlich etc.

Gegeben etc.

Berlin, den 28. April 1893.

Die Volkspartei hat gar nichts dagegen, wenn man die Wucherer ins Zuchthaus sperrt, solche Menschen, die auf den Ruin ihrer Mitmenschen ausgehen, verdienen keine Schonung. Die Volkspartei, die Freisinnigen und die nat.-lib. Deutschparteilern waren hauptsächlich gegen den § 302 e, weil durch diesen der Denunciation und der Prozeßlust Thür und Thor geöffnet wird. Wenn z. B. ein Bauer an einen andern Bauern ein Stück Vieh verkauft und nach 8 Tagen ist der Käufer mit dem Vieh nicht zufrieden, so zeigt er dem Staatsanwalt an, er sei übervorteilt. Ist durch ein solches Gesetz dem Bauern geholfen? Nein und tausend Mal nein. Die richtigen Wucherer werden es nach wie vor einzurichten wissen, daß sie den Gesetzen entgehen, die kleinen Leute aber werden wieder den Schaden haben, denn einfache, ehrbare solide Geschäftsleute, die bisher den Bauern, Handwerkern u. s. w. Geld geliehen haben, werden sich vor dem neuen Gesetze fürchten, indem sie fortwährend der Gefahr ausgesetzt sind, dem Staatsanwalt manchmal aus Rachsucht angezeigt zu werden und ihr Geld lieber in Staatspapieren anlegen.



So fürchten wir, daß das neue Wuchergesetz den Bauern mehr Schaden als Nutzen wird, wie es mit den meisten neuen Gesetzen der Fall war.

Also Summa Summarum: Die Mitglieder der Deutschen Partei im Reichstag waren gegen das neue Wuchergesetz, trotzdem sind die hiesigen „Teutschen“ so dumm und so frech, den bekannten Spektakel über das Wuchergesetz zu machen und wissen nicht einmal, daß dasselbe am 2. Mai ds. Js. angenommen worden ist.

Wähler! könnt ihr dieser Deutschen Partei noch etwas glauben? Nein, und tausend Mal Nein, wendet Euch ab von dieser Partei, wählet den wahren Vertreter des Volks, wählet

**Herrn Wilhelm Speiser.**

**Gingefendet.**

Von einem Eingeweihten.

Wucherer und Betrüger schlimmster Sorte war Herr Chr. Wöhrle, so heißt es im Göppinger Wochenblatt.

Wer war nun dieser Herr Wöhrle?

Herr Wöhrle war Mitglied der deutschen Partei; gab sich einen frommen Anschein, um sich das Vertrauen gleichgesinnter Menschen zu erschleichen, was ihm auch gelang.

Wöhrle war aber viel mehr Betrüger, als Wucherer. Seine Gläubiger verlieren doch nicht ihr Geld durch Wucher, sondern durch Betrug und gegen Betrüger haben wir doch genügende Gesetze.

Wie kam es nun, daß Wöhrle so lange der Gerechtigkeit entging? Das Wochenblatt sagt es ja selbst, weil die Betrogenen nicht mit der Wahrheit herausrückten. Da können doch die Gesetze nicht helfen.

Eine andere Frage ist aufzuwerfen.

Wie kam es, daß Wöhrle, trotzdem ihn das Gericht zweimal gepackt hatte, doch noch immer Vertrauen fand und Geldgeschäfte machen konnte, obwohl sein Credit bedeutend geschwächt war?

Da müssen wir auf persönliche Verhältnisse kommen, so leid es uns ist, denn wir sind keine Freunde davon. Aber die Herren Hans Schaufler, Postsekretär Köhler und alle anderen, die jetzt hinter den Artikeln des Wochenblattes stecken, hätten bedenken sollen, was sie thun, wenn sie an der Geschichte „Chr. Wöhrle“ rührten.

Herr Chr. Wöhrle hätte nie und nimmer so große Geschäfte und hauptsächlich nicht so lange fortmachen können, wenn er nicht von der Firma C. G. Schaufler unterstützt worden wäre. Manches Geschäft wurde direkt oder indirekt gemeinschaftlich gemacht und oft konnte man in der Stadt hören, wenn diese beiden „Juden“ wären, dann wollte man den Spektakel hören.

Wir könnten über die Geschäftsverbindung Wöhrle-Schaufler mit einer großen Anzahl von Einzelheiten aufwarten, für heute lassen wir es; wenn aber die Artikelschreiber des Göppinger Wochenblattes nicht zufrieden sind, so werden wir auch damit noch kommen. Material haben wir genug.

Und Herr C. G. Schaufler ist doch ein altes, eifriges Mitglied der deutschen Partei? Nicht wahr, Herr Hans und Herr Köhler?

Stuttgart, 20. Juni. Von einer Anzahl Abgeordneter der Volkspartei, die in den letzten Tagen über die trostlose Lage unserer Landwirtschaft conferierten, ist heute folgende

**Gingabe an das  
Königliche Staatsministerium**

abgesandt worden:

Die unterzeichneten Mitglieder der Kammerabgeordneten halten sich angesichts des durch die anhaltende Dürre und den Futtermangel herbeigeführten Notstandes weitester Kreise der landwirtschaftlichen Bevölkerung für verpflichtet, an das K. Staatsministerium das ebenso ehrerbietige als dringende Ersuchen zu richten:

- 1) Es wolle der ländlichen Bevölkerung zum Bezug von Futtermitteln ein Notstandskredit in umfassendem Maße eröffnet und zu diesem Behufe die sofortige Einwilligung der Stände zu einem Notstandsanlehen eingeholt werden.
- 2) Es wolle im Bundesrat dahin gewirkt werden, daß die Einfuhr sämtlicher zum Viehfutter verwendbaren Produkte bis auf Weiteres von jeder Zollabgabe befreit werde.
- 3) Es wolle eine Verständigung der deutschen Eisenbahndirektionen, in erster Linie der Staatsbahnverwaltungen, dahin angestrebt werden, daß der Transport der bezeichneten Produkte frei sei, oder wenigstens ermäßigte Fracht genieße und es wolle entsprechende Anordnung für Württemberg getroffen werden.
- 4) Es wolle im Bundesrat dahin gewirkt werden, daß die zur Viehfütterung dienenden Abgänge landwirtschaftlicher Produkte, sogenannte Schlempe, von der durch das Brauntweinsteuergesetz herbeigeführten Besteuerung und Kontrolle bis auf Weiteres befreit werde und falls die Zustimmung hierzu vom Bundesrat nicht zu erlangen wäre, der betreffende Steuerbetrag den württembergischen Steuerpflichtigen rückvergütet werde.
- 5) Es wolle veranlaßt werden, daß die Abgabe von Laub und Gras an die ländliche Bevölkerung aus den Staats- und Korporationswäldungen in einer gegenüber der bisher beklagten Zurückhaltung seitens der Forstbehörden, rückhaltslos und umfassenden Weise erfolge.

Einer besonderen Begründung wird diese Bitte angesichts des trostlosen Zustandes und der Gefahr einer massenhaften Verarmung unserer Landbevölkerung nicht bedürfen.

Ehrerbietig

Schnaidt, Hausmann-Serabronn,  
Härle-Heilbronn, Storz-Tuttlingen,  
Hausmann-Balingen,  
Brodbeck-Eßlingen.

**Heinrich Binder  
Eva Fritz**  
Verlobte.  
Welzheim im Juni 1893.

Alfdorf.  
Samstag den 24. und Sonntag den 25. Juni  
**Schluß des Preiskegels.**  
Freundl. ladet ein  
**Hekele z. Hirsch.**  
Welzheim.

**Kinder- & Wagen**  
sind wieder eingetroffen und in jeder Preislage große Auswahl bei  
**Albert Weller.**

Alfdorf.  
Nächsten Dienstag den 27. ds.  
**Kalkausnahme**  
und  
**rote Ware**  
bei  
Ziegler Knödler.  
Welzheim.

**Sanz-**  
**Unterhaltung**  
nächsten Samstag (Johanni-  
Markt), wozu einladet  
**Fr. Brecht**  
z. „Hasen.“  
Welzheim.

Ein kleineres  
**Logis**  
hat zu vermieten.  
Näheres bei der Redaktion.

Ein tüchtiger  
**Säger,**  
welcher mit Follgatter- und ein-  
facher Säge arbeiten kann, findet  
dauernde Beschäftigung, sowie ein  
tüchtiger  
**Mühlifahrfnecht**  
wird gesucht in der  
**Wassermühle** bei Schorndorf.  
**G. Laner.**

Welzheim.  
Alle Sorten  
**Drabstifte,**  
**Draht u. Ketten**  
billigst bei  
**Albert Weller.**

Neuen  
**Schleuderhonig**  
verkauft  
Oberlehrer **Fener.**  
**Pfandscheine**  
sind vorrätig in der Buchdr. d. Bl.



Aufgepasst!

# Letztes Wort!

Aufgepasst!

Wenn Annahme der Militärvorlage, dann 2jährige Präsenzzeit.

Wenn Ablehnung, dann bleibt unbedingt die dreijährige Dienstzeit.

In dieser Richtung wird von der demokratischen Seite in bekannter Weise das Gegenteil zu behaupten versucht, und den Wählern Sand in die Augen gestreut, denn jeder Mensch, der nur etwas Einblick in die Gesetzgebung hat, weiß, daß man zwischen dem Bundesrat und dem Reichstag mit 2 sich gegenüberstehenden gesetzgebenden Faktoren zu rechnen hat.

Auf den Bundesrat als Vertreter der Regierungen sämtlicher Bundesstaaten des deutschen Reichs, kann absolut kein Druck vom Reichstag ausgeübt werden.

Der Bundesrat sagt einfach:

„gibt uns das Volk (der Reichstag) nicht, was wir zur Sicherheit und Erhaltung von Deutschland durch die Militärvorlage verlangen und absolut nötig haben, so kann und darf von der 2jährigen Präsenzzeit unter keinen Umständen abgewichen werden, denn dies wäre Vaterlandsverrat.“

Wähler! Die Einsender glauben, daß diese klaren, der Wahrheit entsprechenden Worte genügen sollten, kein Gegner der Militärvorlage in der jetzigen Form zu sein, da doch jeder vernünftige Familienvater sehnlichst wünscht, seinen Sohn mit 2 Jahren vom Militär frei zu haben.

Die Volkspartei ist gegen die 2jährige Präsenzzeit, und zwar deshalb, weil sie die Militärvorlage bekämpft, dies kommt ihr freilich schwer an, aber sie muß in der ihr so beliebten und feigen Weise ihre Wähler fangen, um den Parteigeist zu erhalten und weil jeder kurzfristige Wähler gerne hört „nur kein weiteres Militär“. Dies ist die Weise, womit Euch die Herren Demokraten und Juden in die Falle locken wollen. O Bauernfängerei!

Aber halt!!!

Also nochmals:

Wer gegen die Militärvorlage ist, der ist auch gegen die 2jährige Präsenzzeit.

Auf die lügenhaften, gemeinen und verleumderischen Ausfälle, sowie das Selbstloben des heutigen Hohenzauern wollen wir nicht mehr eingehen, denn es ist über die Wahlzeit schon soviel zur Aufklärung geschrieben worden, daß außer denjenigen, welche das bekannte Räsblatt begierig lesen, wenige noch mehr wissen wollen, denn das viele lügenhafte Judengeschreib und die Verdrehungen hat man längst satt, namentlich solches Lüg- und Trug-Gefasel!

Daß die Volkspartei händeringend die Sozialdemokraten bittet, ihr bei der Stichwahl zum Sieg zu verhelfen, kennzeichnet überhaupt diese Partei im wahren Licht.

Ein Sprichwort sagt:

Zeige mir mit wem du umgehst,  
So will ich dir sagen, wer du bist.

Also zum Schluß:

Wer für die Bauern ist, wählt den Bauern Schmid,

Wer für die Juden ist, wählt den Fabrikanten Speiser.

Unser Wahlmann aber heißt:

# Schmid. Schmid. Schmid.